

Antrag der Fraktion der FDP**Resilienz beginnt im Kopf – Erste Hilfe, Zivilschutz und Krisenwissen
in der schulischen Bildung im Land Bremen verankern**

Freiheit braucht Sicherheit – und Sicherheit braucht mündige, resiliente Bürgerinnen und Bürger. Die Fähigkeit, mit Unsicherheit, Krisen und Bedrohungen souverän umzugehen, ist eine Schlüsselkompetenz des 21. Jahrhunderts. Angesichts wachsender globaler Unsicherheiten, hybrider Bedrohungen und der zunehmenden Relevanz von Krisenfestigkeit in einer offenen Gesellschaft braucht es eine Bildungspolitik, die junge Menschen befähigt, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Wir fordern, dass das Land Bremen ein Bildungskonzept entwickelt, welches sich am finnischen Modell der sogenannten Comprehensive Security (auf Deutsch: „umfassende Sicherheit“) orientiert.

Dabei sollen Schülerinnen und Schüler frühzeitig Kompetenzen erwerben, um selbstständig, informiert und resilient auf Krisen reagieren zu können – sei es bei einem medizinischen Notfall, einem Stromausfall oder im Umgang mit gezielter Desinformation.

Finnland zeigt eindrucksvoll, wie Resilienz, Sicherheitsbewusstsein und staatsbürgerliches Engagement bereits in der schulischen Bildung systematisch vermittelt werden können – ohne ideologischen Überbau, aber mit klarem Ziel: Die Stärkung einer robusten, freiheitlichen Demokratie.

Resilienz beginnt im Kopf: Wer versteht, wie unser Gemeinwesen funktioniert, wie Krisen gemanagt werden und wie man selbst handeln kann, ist bereit, Verantwortung zu übernehmen – für sich, für andere und für die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Gerade in Zeiten globaler Unsicherheiten, gesellschaftlicher Polarisierung und digitaler Desinformation ist es Aufgabe des liberalen Rechtsstaats, jungen Menschen das Rüstzeug an die Hand zu geben, um verantwortlich, reflektiert und selbstbewusst zu handeln – in der Krise wie im Alltag.

Das Land Bremen kann hier eine Vorreiterrolle übernehmen und ein modernes Bildungsprogramm etablieren, das Eigenverantwortung,

Selbstschutz und kritisches Denken fördert – als Grundlage für eine freiheitliche Gesellschaft von morgen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat dazu auf,

1. ein umfassendes Bildungskonzept für Resilienzbildung an Schulen im Land Bremen zu entwickeln, das sich am finnischen Modell der „Comprehensive Security“ orientiert.
2. den Bildungsplan für das Unterrichtsfach Sport in der Sekundarstufe I dahingehend zu ändern, dass die Vermittlung grundlegender Erste-Hilfe-Kenntnisse verbindlicher Bestandteil des Fachunterrichts wird, wobei die Vermittlung in Kooperation mit anerkannten Hilfsorganisationen erfolgen soll.
3. in den Bildungsplänen der Unterrichtsfächer „Gesellschaft und Politik“ (Oberschule) und „Welt-Umweltkunde, Geschichte, Geographie, Politik“ (Gymnasium) ab der Jahrgangsstufe 8 verbindlich folgende Inhalte zu verankern:
 - a) demokratische Institutionen in Krisensituationen,
 - b) individuelle Krisenvorsorge (zum Beispiel Blackout, Evakuierung),
 - c) Bürgerrechte und -pflichten in Ausnahmefällen,
 - d) Umgang mit Desinformationen und Propaganda.
4. in der Sekundarstufe II ein Wahlpflichtfach „Krisenwissen“ zu schaffen, das grundlegende Kenntnisse vermittelt über
 - a) die Strukturen und Aufgaben der inneren und äußeren Sicherheit in Deutschland und Europa,
 - b) die nationale Sicherheitsstrategie sowie die Einbettung in das kollektive Verteidigungssystem der NATO,
 - c) Engagementmöglichkeiten im Katastrophenschutz, bei der Bundeswehr, im Zivildienst oder beim Technischen Hilfswerk (THW)
 - d) sowie ethische Fragestellungen zu Freiheit und Sicherheit und Verantwortung in der Demokratie.
5. regelmäßige „Resilienztage“ an Schulen einzuführen, bei denen unter Beteiligung von Polizei, Feuerwehr, THW, Hilfsorganisationen und Jugendoffizieren der Bundeswehr praktische Übungen zu Krisenbewältigung, Notfallvorsorge und Zivilschutz durchgeführt werden.

6. der staatlichen Deputation für Kinder und Bildung innerhalb von sechs Monaten nach Beschlussfassung über den Umsetzungsstand der vorgenannten Maßnahmen zu berichten.

Fynn Voigt, Thore Schäck und Fraktion der FDP